



Was ist den Parteien #weltweitwichtig?

Eine Gegenüberstellung der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2021

Die Corona-Pandemie hat uns eindrücklich vor Augen geführt, dass sich globale Herausforderungen nicht auf nationalstaatlicher Ebene lösen lassen. Es braucht eine verstärkte internationale Zusammenarbeit und weltweite Solidarität, um den bestehenden und sich weiter verschärfenden Herausforderungen in den Bereichen Gesundheit, Klimawandel, soziale Ungleichheit und Armut hier bei uns und weltweit zu begegnen.

In der kommenden Legislaturperiode müssen die Folgen der Pandemie abgemildert und endlich ein nachhaltiger Umbau unserer Gesellschaften vorangetrieben werden. Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren 17 Zielen für Nachhaltige Entwicklung (SDG) bildet dafür die Leitlinie.

Welche Lösungsansätze bieten die Parteien, die für den Bundestag kandidieren? Was ist ihnen weltweit besonders wichtig? Wir haben die Wahlprogramme der Parteien, unter ausgewählten Fragestellungen einander gegenübergestellt. Dabei haben wir uns auf die Parteien beschränkt, die aussichtsreiche Chancen auf den Einzug in den Deutschen Bundestag haben: AfD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, DIE LINKE, FDP und SPD. Dort, wo zu einzelnen Themen nichts gesagt wird, fehlen entsprechende Aussagen im Wahlprogramm.

Die Textlänge in der Gegenüberstellung entspricht dem Raum, den das Thema im Wahlprogramm der jeweiligen Partei einnimmt. Die Gesamtlänge der Wahlprogramme unterscheidet

sich erheblich. Während die SPD in ihrem Zukunftsprogramm ihre Vorstellungen auf 66 Seiten beschreibt, kommt die FDP auf 91 Seiten, die AfD auf 105, Bündnis 90/Die Grünen auf 113, die CDU/CSU auf 140 und DIE LINKE auf 168.

Wir geben in unserer Gegenüberstellung das wieder, was die Parteien in ihren Programmen schreiben und die jeweilige Rhetorik. Das Papier stellt keine Bewertung dar. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass die dargestellten Textauszüge keine Positionen von VENRO sind. Zudem sind die Aussagen teilweise nicht mit unseren Wertvorstellungen vereinbar.

Soll die Agenda 2030 den Leitfaden für das gesamte politische Handeln bilden?

Bis auf die AfD bekennen sich alle Parteien in ihren Wahlprogrammen zu den Zielen der Agenda 2030.

CDU/CSU, FDP und SPD beziehen sich dabei konkret auf die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS). Die **CDU/CSU** legt den Schwerpunkt auf die Bundesverwaltung, die ihr Handeln und ihre Beschaffung an Nachhaltigkeitsindikatoren ausrichten soll. Sie möchte eine verbindliche Nachhaltigkeitsprüfung für alle Gesetze anhand der DNS für eine generationengerechte Politik verankern. Die **FDP** strebt eine politische Gesamtstrategie und ein koordiniertes Vorgehen der Ressorts bei der Umsetzung der Strategie an. Die **SPD**

tritt dafür ein, die DNS weiterzuentwickeln. Wichtig sind ihr dabei kluge Spielregeln, die soziale und technische Innovationen hervorbringen, die Förderung von Wissenschaft und Forschung, massive und stetige Investitionen in moderne Infrastruktur, die aktive Förderung der Regionen im Wandel und die Beteiligung der Bürger_innen und der Beschäftigten. Die SPD will einen neuen sozial-ökologischen Gesellschaftsvertrag, der dafür sorgt, dass bei diesem Wandel niemand abgehängt wird.

Bündnis 90/Die Grünen wollen die SDG überall als neue Leitprinzipien verankern und für eine kohärente Politik sorgen. Sie fordern einen Menschenrechts-TÜV, mit dem relevante Gesetzesentwürfe auf Vereinbarkeit mit den Nachhaltigkeits- und Klimazielen sowie Menschenrechtsabkommen überprüft werden. Darüber hinaus will die Partei die Umsetzung des UNESCO-Programms Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) fördern, das weltweit die Integration von BNE in allen Bildungsnetzwerken auf kommunaler Ebene vorantreiben soll.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Partnerländer die Nachhaltigkeitsziele der Vereinen Nationen bis 2030 erreichen können. Wo möglich, will sie regionale Wirtschaftskreisläufe stärken, um, wie sie schreibt, die „Auswüchse globalisierter Lieferketten zurückzudrängen“.

Welche Rolle spielt die Entwicklungspolitik?

Alle Parteien unterbreiten Vorschläge für die künftige Ausgestaltung der deutschen und/oder europäischen Entwicklungspolitik.

Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, FDP und SPD verfolgen das Ziel einer engeren Abstimmung und Koordination mit der EU. Dennoch legen die Parteien unterschiedliche Schwerpunkte.

Bündnis 90/Die Grünen möchten die Streichung vieler Staaten Lateinamerikas als Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit rückgängig machen. Bestehende Migrationspartnerschaften, die Fluchtabwehr und Rückführungen als Bedingung von Entwicklungszusammenarbeit zum Ziel haben, lehnen sie ab, genauso wie die Kooperation mit der libyschen Küstenwache.

Die **CDU/CSU** kündigt an, weiter eng mit Kirchen und Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten zu wollen. Von den Partnerländern erwartet die Partei eine enge Kooperation bei der Bekämpfung von Fluchtursachen und illegaler Migration, wie zum Beispiel die Rücknahme eigener Staatsangehöriger.

Die **FDP** möchte, dass die Bundesregierung die Europapolitik frühzeitiger und stringenter koordiniert. Sie fordert die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrats, der bei internationalen Herausforderungen vorausschauender und schneller planen, entscheiden und handeln kann. Deutschland soll drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in internationale Sicherheit („3D – defence, development and diplomacy“) investieren. Sie möchte eine Europäische Entwicklungsbank unter dem Dach der Europäischen Investitionsbank schaffen, die den Fokus auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit legt und die Mobilisierung von privatem Kapital steigert.

DIE LINKE sieht die bisherige Entwicklungspolitik als „Instrument (post-)kolonialer Unterdrückung und Ausbeutung“. Sie schreibt, dass Würde und Solidarität in den Mittelpunkt gestellt und die „zerstörerische Dynamik der grenzenlosen Kapitalverwertung“ durchbrochen werden muss. Dafür will die Partei öffentliche und zivilgesellschaftliche Strukturen stärken und sie an den Zielen der Partnerländer orientieren sowie sie dabei unterstützen, eigenständige Entwicklungswege zu beschreiten. Den Einfluss privater Stiftungen, großer

Kapitalgeber und öffentlich-privater Partnerschaften möchte sie beenden. Das Geld für Entwicklungszusammenarbeit muss ihrer Auffassung nach aus öffentlichen Mitteln stammen. Eine Verzahnung von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik lehnt sie ab. Den Ländern des Globalen Südens soll Geld zur Verfügung gestellt werden, um eine eigenständige Entwicklung zu ermöglichen.

Die **SPD** möchte Europas Verantwortung in der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe durch eine Erhöhung der EU-Mittel stärken. Das jetzige Einstimmigkeitsprinzip soll durch die Einführung von Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik abgelöst werden. Das Amt des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik möchte die SPD langfristig zu einem EU-Außenminister weiterentwickeln.

Die **AfD** fordert eine Neuausrichtung in der Entwicklungspolitik, die den deutschen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen Rechnung trägt. Sie soll ihrer Auffassung nach Hilfe zur Selbsthilfe sein und, wie sie schreibt, „keine Unterstützung korrupter Systeme“. Im Rahmen einer EU-Reform möchte die AfD die Entwicklungspolitik ganz auf die Ebene der Mitgliedsstaaten verlegen. Sie will die Gewährung von Entwicklungshilfe an die Bereitschaft zur Rücknahme ausreisepflichtiger Migrant_innen knüpfen.

Welche Rolle spielt die Zusammenarbeit mit Afrika?

Im Hinblick auf die Partnerschaft mit Afrika schreibt die **AfD**, dass die Entwicklungspolitik einen „realistischen Blick auf die Bevölkerungsexplosion in Afrika wahren muss“, die ihrer Meinung nach auch durch eine optimierte Entwicklungspolitik von außen kaum beeinflusst werden kann.

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein, die Zusammenarbeit zwischen der EU und Afrika auf Klimaschutz, Digitalisierung, Technologietransfer, zivile Krisenprävention und die sozial-ökologische Transformation zu fokussieren sowie faire und sichere Migrationswege aus Afrika nach Europa zu ermöglichen. Mit Zivilgesellschaft, Kultur und Wissenschaft wollen sie verstärkt zusammenarbeiten und die afrikanische Diaspora in Europa stärker beteiligen. Sie fordern eine gemeinsam entwickelte EU-Afrika-Strategie. Die Afrikanische Union und Regionalorganisationen möchte sie bei der Umsetzung ihrer Agenda 2063 unterstützen.

Die **CDU/CSU** tritt für eine Entwicklungspartnerschaft mit Afrika ein. Den Marshallplan mit Afrika möchte sie zu einer vertieften institutionellen Partnerschaft in Form eines EU-Afrikarats weiterentwickeln. Eine nachhaltige Entwicklung Afrikas und die Förderung von Investitionen der Privatwirtschaft sind ihr dabei wichtig. Darüber hinaus möchte die CDU/CSU die politischen Stiftungen weiterhin angemessen finanziell ausstatten, da sie neben anderen Bereichen auch einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit leisten.

Die **FDP** will Afrika partnerschaftlich bei der Stärkung von Wirtschaft, Politik, Zivilgesellschaft und, sofern geboten, der Sicherheitskräfte unterstützen.

DIE LINKE möchte, dass Entwicklungsgelder kein „Investitionsanreiz für deutsches oder internationales Kapital“ sind. Initiativen wie den Marshallplan mit Afrika oder den Compact with Africa will sie einstellen.

Die Partnerschaft zwischen Europa und Afrika möchte die **SPD** politisch und wirtschaftlich deutlich ausbauen. Ihr Ziel ist es dabei, Ungleichheit zu überwinden. Keine und keinen zurückzulassen,

ist ihre Messlatte, um Hunger und Armut weltweit zu überwinden.

Welche Vorschläge gibt es zu weltweiter Gesundheit und Ernährung?

Die **CDU/CSU** möchte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) finanziell, technisch und politisch stärken. Als größter staatlicher Geldgeber der WHO soll Deutschland für eine schlagkräftige WHO eintreten, zu der auch alle Mitgliedsstaaten ihren Beitrag leisten.

Bündnis 90/Die Grünen und SPD fordern eine Reform der WHO. **Bündnis 90/Die Grünen** wollen höhere Beiträge, ein klares Mandat und eine zentrale Rolle in der Pandemievorsorge und -bekämpfung. Die WHO soll Gesundheitssysteme weltweit stärken können, für eine bessere Versorgung lokaler Bevölkerungen sorgen und zur Prävention, Diagnose und Reaktion auf nichtübertragbare wie übertragbare Krankheiten beitragen. In den G20 soll die WHO nach Meinung der Partei einen formellen Sitz erhalten. **DIE LINKE** fordert, dass der WHO eine breite finanzielle Basis zur Verfügung gestellt werden muss.

Auch die **AfD** spricht in ihrem Programm von der Notwendigkeit, die Weltgesundheitsorganisation zu reformieren. Sie setzt sich für eine Verschlan-
kung der WHO und damit zu einer Absenkung der aus Steuermitteln finanzierten Beiträge und Spenden ein. Sollte eine solche Reform nicht durchsetzbar sein, schlägt die AfD einen Austritt aus der WHO vor. Die **FDP** äußert sich in ihrem Wahlprogramm nicht konkret zur WHO.

Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und SPD thematisieren in ihren Programmen das Thema Zugang zu Impfstoffen im Globalen Süden. **Bündnis 90/Die Grünen** möchten bestehende Produktionskapazitäten von COVID-19-Impfstoffen erhöhen und Impfstoffe im Rahmen der COVID-19

Vaccines Global Access (COVAX) Allianz an einkommensschwache Länder liefern. Die Partei setzt sich für einen aktiven Technologie- und Wissenstransfer für die Herstellung entscheidender Arzneimittel ein. Sie macht sich ebenfalls für die Aufhebung weltweiter Exportrestriktionen für COVID-19-Impfstoffe stark. Bei der WTO möchten Bündnis 90/Die Grünen eine temporäre Aussetzung für Patente für Technologien zur Bekämpfung von COVID-19 erreichen, dort, wo freiwillige Produktionspartnerschaften nicht ausreichen.

DIE LINKE schreibt, dass die Entwicklung von Impfstoffen nicht von „Pharmakonzernen zur Profitmaximierung gedacht“ werden darf. Dafür ist nach Auffassung von DIE LINKE der weltweite Aufbau einer öffentlichen Impfstoffproduktion (im Sinne von Regional Vaccine Manufacturing) nötig, die von der WHO und VN koordiniert wird. Sie fordert die Lizenzen für Corona-Impfstoffe freizugeben, damit die Impfstoffproduktion beschleunigt werden kann. Die mit öffentlichen Mitteln geförderte Forschung soll, ihrer Meinung nach, im Rahmen des Equitable Licensing (sozialverträgliche Patentverwertung) zu sozialen Konditionen an ärmere Länder und Generikaproduzent_innen abgegeben werden. Medikamente, deren Forschung und Entwicklung aus Steuergeldern finanziert wurde, möchte DIE LINKE lizenzfrei zur Nachproduktion zur Verfügung stellen. Die Forschung und Entwicklung zur Bekämpfung der tödlichsten Infektionskrankheiten und häufig vernachlässigten Krankheiten, wie HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose will DIE LINKE ausbauen.

Die **SPD** fordert eine finanzielle und substanzielle Unterstützung von COVAX. Besonders wichtig findet sie den Aus- und Aufbau öffentlicher Gesundheitssysteme, die Verbesserung des Zugangs zu Arzneimitteln und Impfstoffen, mehr Transparenz sowie gesundheitliche Bildung und damit einhergehend die Stärkung sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte.

Der One-Health-Ansatz hat im Zuge der COVID-19-Pandemie Aufmerksamkeit erfahren. Um künftigen Pandemien vorzubeugen, will die **CDU/CSU** im Rahmen der globalen Gesundheitspolitik die Wechselbeziehungen zwischen Mensch, Tier und Umwelt stärker als bisher betrachten. Auch die **FDP** geht in ihrem Programm auf One-Health ein. Sie setzt den Schwerpunkt auf den Austausch zwischen Akteur_innen der Humanmedizin, Veterinärmedizin und Umweltwissenschaften. Ihrer Meinung nach kann das einen zentralen Beitrag zur Prävention von Krankheiten leisten.

Ernährung und Gesundheit stehen in einem engen Zusammenhang. Für **Bündnis 90/Die Grünen** soll die gemeinsame Agrarpolitik der EU zu einem Instrument für eine sozial-ökologische Agrarpolitik werden, und nicht wie bisher die Industrialisierung der Landwirtschaft vorantreiben. Die **CDU/CSU** will den Landbau ökologisch verträglich und ökonomisch tragfähig weiterentwickeln. Die **FDP** macht sich für einheitliche Wettbewerbsstandards in der EU stark und fordert einen sukzessiven Abbau der EU-Agrarsubventionen. **DIE LINKE** möchte das System der EU-Agrarsubventionen an sozialen und ökologischen Kriterien orientieren und nicht mehr an der Fläche. Exportsubventionen für landwirtschaftliche Produkte will sie beenden. Die **SPD** möchte insbesondere die kleinbäuerliche und agrarökologische Landwirtschaft fördern und die Agrarförderung so ausrichten, dass eine umweltschonende Landwirtschaft im Wettbewerb mithalten kann.

Welche Rezepte haben die Parteien zur Bewältigung der Klimakrise?

Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, FDP, DIE LINKE und **SPD** bekennen sich zum Pariser Klimaabkommen und möchten die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius begrenzen. Die **AfD**

lehnt den Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung ab und möchte das Pariser Klimaabkommen kündigen. Deutschland soll aus allen staatlichen und privaten „Klimaschutz“-Organisationen austreten und ihnen jede Unterstützung entziehen. Sie fordert einen öffentlichen, freien Diskurs über die Ursachen der Klimaveränderungen und die verheerenden Folgen der Dekarbonisierung. Einen am Klimaschutz orientierten gesellschaftlichen Umbau lehnt sie ab.

Bündnis 90/Die Grünen wollen das Pariser Klimaabkommen in den Mittelpunkt stellen und das Handeln aller Ministerien darauf ausrichten. Mit Klima- und Entwicklungspartnerschaften möchte die Partei global Innovationen für Klimaneutralität vorantreiben und den Ausbau erneuerbarer Energien unterstützen. Bündnis 90/Die Grünen fordern mehr personelle und finanzielle Mittel Deutschlands und der EU für Klimaaußenpolitik. Die bestehenden internationalen Fonds für Klimaanpassung und Klimaschutz will sie besser ausstatten. Bei der Erreichung der Klimaziele setzt die **CDU/CSU** auf neue Technologien und Innovationen. Sie strebt internationale Klimakooperationen an, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur zu begrenzen.

Die **FDP** möchte Klimaneutralität durch ein striktes und jährlich sinkendes CO₂-Limit in einem umfassenden globalen Emissionshandelsystem erreichen. Projekte in anderen Staaten möchte sie finanzieren und entsprechende Treibhausgasemissionen auf die eigenen Ziele anrechnen. Darüber will sie national und international Anreize für die Aufforstung und den Schutz bestehender Wälder setzen.

DIE LINKE macht sich dafür stark, insbesondere Konzerne in die Pflicht zu nehmen. Sie will die großen Konzerne entmachten und die Produktion an sozialen und ökologischen Zielen ausrichten.

Sie setzt sich dafür ein, den Rohstoff- und Ressourcenverbrauch hierzulande zu verringern und eine gerechte Verteilung von Rohstoffen und Ressourcenverbrauch zu erreichen. DIE LINKE schlägt den Abbau von klima- und umweltschädlichen Subventionen als Maßnahme vor.

Die **SPD** sieht im Umbau des Energiesektors hin zu mehr alternativen Energien einen Schlüssel, um die Klimaziele zu erreichen. Länder des Globalen Südens möchte sie bei der Anpassung an den Klimawandel in ihrer nachhaltigen Entwicklung unterstützen. Darüber hinaus möchte sie klima- und umweltschädliche Subventionen abbauen.

CDU/CSU und SPD versprechen in ihren Wahlprogrammen, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 65 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 1990 zu reduzieren. Für 2040 möchten beide Parteien das Minderungsziel auf 88 Prozent festschreiben, um im Jahr 2045 Treibhausgasneutralität zu erreichen. **Bündnis 90/Die Grünen** halten das Klimaschutzgesetz der Bundesregierung für unzureichend und wollen ein Klimaschutz-Sofortprogramm auf den Weg bringen. Die Partei spricht sich für eine Stärkung der Rolle des Expertenrates für Klimafragen aus und möchte das deutsche Minderungsziel für 2030 auf mindestens 70 Prozent anheben.

Der Kohleausstieg kommt für **Bündnis 90/Die Grünen** und **DIE LINKE** zu spät. Sie wollen ihn bis 2030 vollenden. **CDU/CSU** und **SPD** stehen zum vereinbarten Kohlekompromiss, der einen Ausstieg aus der Kohle bis 2038 vorsieht. Die **AfD** lehnt die Ausstiegspläne aus der Kohleverstromung ab.

An welchen Zielen sollen sich Wirtschaft und internationaler Handel orientieren?

CDU/CSU und **SPD** werten das im Juni beschlossene „Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten“ als Erfolg. **Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, FDP, SPD** und **DIE LINKE** fordern eine Regelung auf EU-Ebene. Die **AfD** lehnt in ihrem Programm „ideologisch motivierte Alleingänge“, wie das Lieferkettengesetz, ab.

Bündnis 90/Die Grünen sehen als Kern einer Lieferkettenregelung eine zivilrechtliche Haftung. Sie wollen Nachbesserungen des Gesetzes, wie eine Ausweitung der erfassten Unternehmen und eine Erweiterung der umweltbezogenen Sorgfaltspflichten. **Bündnis 90/Die Grünen** setzen sich für eine ambitionierte, verbindliche Regelung in internationalen Lieferketten auch auf europäischer Ebene ein.

Für die **CDU/CSU** muss die EU-Regelung für Lieferketten die Standards des deutschen Lieferkettensorgfaltsgesetzes im EU-Binnenmarkt europaweit durchsetzen, aber nicht verschärfen. Die **FDP** tritt für eine einheitliche europäische Regelung zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht in der Lieferkette ein. Die von vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen geforderte Haftung soll nach Meinung der FDP nur auf den Bereich der direkten Kontrolle bezogen werden. Die Schaffung weiterer Dokumentationspflichten oder bürokratischer Hürden lehnt die FDP ab.

Die **SPD** möchte das nationale Lieferkettengesetz konsequent weiterentwickeln und macht sich für ein Gesetz auf europäischer Ebene stark. Dieses soll verbindliche und sanktionsbewehrte Regeln, Zugang zu Gerichten in Europa und Entschädigung der Opfer enthalten. Die SPD unterstützt ein

VN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten, um die Globalisierung im Sinne der Menschenrechte zu gestalten.

DIE LINKE will ein sozial und klimagerecht ausgerichtetes **Lieferkettengesetz**. In ihrem Programm fordert sie eine wirksame Haftungsregel, um die Rechte von Betroffenen in Rohstoffabbaugebieten zu stärken und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Einfuhr von seltenen Rohstoffen, die in Konfliktregionen gefördert werden, möchte DIE LINKE beenden.

In der Handelspolitik schlagen die Parteien unterschiedliche Ansätze vor. Die **AfD** fordert einen Handel mit fairem Wettbewerb. Für sie bedeutet das, dass sie den „Ausverkauf deutscher und europäischer Technologien verhindern“ und eine Angleichung der rechtlichen Rahmenbedingungen zum Beispiel mit China erreichen will.

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für einen multilateralen Welthandel und Handelsabkommen ein, die dem Wohlstand aller Menschen dienen. Das EU-Mercosur-Abkommen lehnen Bündnis 90/Die Grünen ab. Europäische Handelsverträge müssen, nach Meinung der Partei, verbindliche und durchsetzbare Menschenrechts-, Umwelt- und Sozialstandards enthalten. Zölle für Länder des Globalen Südens auf verarbeitete Produkte sollen gesenkt beziehungsweise abgeschafft werden.

Die **CDU/CSU** plädiert für eine vollständige Umsetzung des Handelsabkommens der EU mit dem Mercosur-Raum, sofern sichergestellt ist, dass in der Landwirtschaft Produktions- und Produktstandards den Maßstäben in Deutschland entsprechen.

Die **FDP** möchte das EU-Freihandelsabkommen mit Mercosur zügig abschließen und ratifizieren.

Sie begrüßt, dass die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit regionalen Gruppen von AKP-Staaten (Organisation afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten) die Handelsbeziehungen zwischen EU und Afrika auf eine WTO-konforme Rechtsgrundlage stellen und allen afrikanischen Staaten einen erleichterten und bevorzugten Marktzugang bieten. Ziel der FDP ist der vollständige Zugang zum EU-Binnenmarkt und der Abbau protektionistischer Maßnahmen. **DIE LINKE** lehnt das EU-Mercosur Abkommen ab.

Die **SPD** möchte den Handel mit nachhaltigen Gütern besonders fördern und die Interessen insbesondere der weniger entwickelten Länder in den Blick nehmen. Damit die Handelspolitik demokratischer werden kann, möchte sie die Kontroll- und Entscheidungsrechte des Europäischen Parlamentes ausdehnen und Vertreter_innen von Zivilgesellschaft besser als bisher an Verhandlungsprozessen beteiligen. Das EU-Mercosur-Abkommen ist für die SPD ein wichtiges Projekt, um die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika zu festigen. In ihrem Programm kündigt sie an, einem Abkommen ohne Stärkung der Umwelt-, Menschenrechts- und Sozialstandards durch zusätzliche verbindliche und sanktionierbare Überprüfungs-, Umsetzungs- und Durchsetzungsmechanismen nicht zuzustimmen.

Wie soll nachhaltige Entwicklung finanziert werden?

Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, DIE LINKE und **SPD** halten an dem Ziel fest, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit auszugeben. Darüber hinaus möchten **Bündnis90/Die Grünen** weitere zehn Milliarden Euro zur internationalen Klimafinanzierung bereitstellen.

Die **FDP** und **SPD** wollen 0,2 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die ärmsten Entwicklungsländer (LDC) aufbringen. Die **FDP** setzt dabei vorrangig auf multilaterale Initiativen. Sie möchte die öffentlichen Mittel der Entwicklungszusammenarbeit als Hebel nutzen, um nationale und internationale Privatinvestitionen sowie philanthropisches Engagement zu mobilisieren und staatliche Eigeneinnahmen in Entwicklungsländern zu generieren.

DIE LINKE will die Gelder für Entwicklungszusammenarbeit auf die zugesagten Summen anheben. Die **AfD** äußert sich nicht zum 0,7-Prozent-Ziel. Sie fordert eine signifikante finanzielle Selbstbeteiligung der Partnerländer von mindestens 51 Prozent des gesamten Finanzierungsvolumens eines Projektes. Dieses muss messbare Ergebnisse liefern und einer regelmäßigen unabhängigen Evaluierung unterzogen werden.

Viele Länder des Globalen Südens sind überschuldet. Die COVID-19-Pandemie hat diese Entwicklung weiter verschärft. **Bündnis 90/Die Grünen** fordern solide Schuldenrestrukturierungen und auch Schuldenerlasse, die Ländern Luft für eine nachhaltige Entwicklung verschaffen. Sie möchte private Gläubiger verpflichten, an einem solchen Verfahren teilzunehmen. **DIE LINKE** fordert einen Schuldenschnitt und eine nachhaltige Entschuldungsinitiative für alle Länder des Globalen Südens, deren Schuldenlast nicht tragfähig ist. Private Gläubiger müssen, ihrer Auffassung nach, gezwungen werden, sich an dieser Schuldeninitiative zu beteiligen. Die Partei fordert die Einführung eines Staatsinsolvenzverfahrens.

Auch die **SPD** unterstützt ein globales Staateninsolvenzverfahren. Dieses müsse staatliche und vor allem private Gläubiger_innen miteinbeziehen und Schuldenerlasse für besonders gefährdete Ländergruppen formulieren und umsetzen.

Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, DIE LINKE und **SPD** setzen sich für eine europäische Finanztransaktionssteuer ein. In ihrem Wahlprogramm kündigt die **FDP** an, Steuerhinterziehung weltweit bekämpfen zu wollen. Sie möchte abgestimmte Regeln zu internationalen Besteuerungsrechten auch in Zeiten digitaler Geschäftsmodelle, die eine ungerechtfertigte Nichtbesteuerung und auch eine schädliche Doppelbesteuerung von Erträgen verhindern.

DIE LINKE setzt sich für ein gerechtes internationales Steuersystem mit einer Transaktionssteuer ein. Sie schreibt, dass Steueroasen trockengelegt werden müssen, um transnationale Konzerne stärker an der Entwicklung der Länder zu beteiligen, von deren „Ausbeutung und Ressourcen“ sie profitieren. Sie will Spekulationen auf den Finanzmärkten eindämmen. Bei Finanztransaktionen soll ein Steuersatz von 0,1 Prozent fällig werden. Die eingenommenen Gelder will **DIE LINKE** für eine nachhaltige Entwicklung in den Ländern des Globalen Südens, den globalen Klimaschutz und den sozial-ökologischen Umbau der Industriegesellschaft nutzen. Doppelbesteuerungsabkommen, die Deutschland mit vielen Ländern des Globalen Südens abgeschlossen hat, will **DIE LINKE** abschaffen. Die **SPD** möchte die Finanztransaktionssteuer möglichst in Abstimmung mit den Europäischen Partnern einführen.

Wie sollen Frieden und Konfliktprävention gestärkt werden?

AfD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, FDP, DIE LINKE und **SPD** bekennen sich zum langfristigen Ziel einer Welt ohne Atomwaffen. Die **AfD** will Kooperationen im Bereich der Rüstungskontrolle fördern und setzt sich für die Stärkung und Erweiterung der Kontrollmechanismen in der nuklearen und konventionellen Rüstung ein.

Bündnis 90/Die Grünen wollen eine gemeinsame restriktive Rüstungsexportkontrolle der EU mit einklagbaren Regeln und Sanktionsmöglichkeiten. Kooperationen mit dem Sicherheitssektor anderer Staaten will die Partei an die Einhaltung demokratischer, rechtsstaatlicher und menschenrechtlicher Kriterien knüpfen. Bündnis 90/Die Grünen wollen in Deutschland ein Rüstungsexportkontrollgesetz vorlegen, ein Verbandsklage-recht bei Verstößen gegen das neue Gesetz einführen und für eine wirksame Endverbleibskontrolle sorgen.

Die **CDU/CSU** drängt auf mehr Dynamik in der Rüstungskontrolle und Abrüstung und will Initiativen unterstützen, die zu mehr Sicherheit beitragen. Die Kosten für die militärische Beschaffung möchte sie durch die Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer Rüstungsprojekte mit europäischen Partnern begrenzen. Eine leistungsfähige wehrtechnische Industrie in Deutschland will sie erhalten. Darüber hinaus setzt sie sich für gemeinsame europäische Rüstungsexportlinien ein. Die **FDP** fordert Rüstungskontrollvereinbarungen für sogenannte „Cyberwaffen“ oder „Hypersonic Glide Vehicles“ mit Atomsprengköpfen.

DIE LINKE möchte einen Stopp von Rüstungsexporten sowie verstärkte internationale Zusammenarbeit für mehr Abrüstung und Rüstungskontrolle. Auslandseinsätze der Bundeswehr will sie beenden. Als Sofortmaßnahme fordert DIE LINKE einen Stopp aller Rüstungsexporte in Länder, die an Kriegen beteiligt sind und Menschenrechte missachten. Die **SPD** will die Ausfuhr deutscher Rüstungsgüter in Staaten außerhalb von EU- oder NATO weiter einschränken und die Kontrolle über den endgültigen Verbleib der Waffen ausweiten. Das will die SPD in einem Rüstungsexportgesetz festschreiben. Mit den europäischen Partnern möchte sie eine Verschärfung der EU-Rüstungsexportvereinbarungen abstimmen. Für Staaten, die weder Mitglied der EU noch der NATO sind, soll

eine Ratifizierung des Vertrags über den Waffenhandel (ATT) und dessen konsequente Umsetzung zwingende Voraussetzung für jede Form der Rüstungskooperation sein.

Bündnis 90/Die Grünen machen sich dafür stark, die Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ um einen Aufbauplan mit zivilen Planzielen zu ergänzen. Die personellen und finanziellen Mittel für zivile Krisenprävention will die Partei gezielt erhöhen und durch eine Reform des Zuwendungsrechts langfristig planbarer machen. Darüber hinaus sprechen sie sich dafür aus, den Zivilen Friedensdienst weiterzuentwickeln und das Zentrum für internationale Friedenseinsätze zu stärken. Auch Frauen sollen bei Friedensprozessen mehr berücksichtigt werden. Die **CDU/CSU** tritt dafür ein, mehr Verantwortung im Verbund mit den Bündnispartnern zu übernehmen um Freiheit, Frieden und Demokratie in der Welt zu wahren. Das gilt für robuste Einsätze, Friedensmissionen und in der Entwicklungszusammenarbeit vor Ort. Den europäischen Pfeiler der NATO will CDU/CSU stärken. Sie bekennt sich zum 2-Prozent-Ziel der NATO, das vorsieht, dass die Bündnispartner 2 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung ausgeben.

Für die **FDP** ist die Stärkung der regelbasierten liberalen Weltordnung zentral, um Frieden zu wahren und Menschenrechte zu schützen. Die Partei ist der Meinung, dass Deutschland seine Außen-Sicherheits- und Entwicklungspolitik stärker als bisher im Sinne des Vernetzten Ansatzes neu ausrichten muss. Um Krisen zu entschärfen und Frieden zu vermitteln will die **SPD** das Zentrum für internationale Friedenseinsätze stärken und ein Team von Friedensemissär_innen für das Führen von Verhandlungen aufbauen. Eine gut ausgestattete Bundeswehr ist Voraussetzung für die SPD, damit Deutschland den Aufgaben als zuverlässiger Partner in Europa und der NATO gerecht werden kann.

DIE LINKE fordert, die Mittel für militärische Interventionen in ein ziviles Aufbau- und Friedenssicherungsprogramm zu investieren. Sie möchte die NATO auflösen und durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands ersetzen, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat. Die Bundesregierung soll sich innerhalb der VN-Gremien für die Umsetzung des Rechts auf Frieden im Sinne der Santiago Deklaration, die Nichtregierungsorganisationen im Jahr 2010 zum Menschenrecht auf Frieden verabschiedet haben, durch Verankerung in einem völkerrechtlichen Vertrag einsetzen.

Wie wichtig ist den Parteien der Schutz der Menschenrechte und zivilgesellschaftlicher Organisationen?

Bündnis 90/Die Grünen schlagen verschiedene Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte vor. Dazu zählen die Etablierung von Menschenrechtsreferent_innen als Anlaufstelle an deutschen Auslandsvertretungen in besonders betroffenen Ländern oder eine ressortübergreifende systematische Berichterstattung über die Menschenrechtslage im jeweiligen Land. Menschenrechtsverteidiger_innen, die in ihrem Land akut gefährdet sind, sollen schneller und häufiger als bisher humanitäre Visa erhalten. Auf internationaler Ebene will die Partei den Aufbau von Fördermöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Initiativen und die finanzielle Stärkung der entsprechenden Schutzinstrumente und Institutionen voranbringen, wie beispielsweise Sonderberichterstatte_innen.

Internationale Menschenrechtskonventionen wollen Bündnis 90/Die Grünen ratifizieren. Dazu zählen das 12. Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention über Antidiskriminierung, das Fakultativprotokoll zum Sozialpakt, die

Wanderarbeiterkonvention der Vereinten Nationen sowie die VN-Erklärung über die Rechte von Kleinbäuer_innen. Auf europäischer Ebene befürworten sie EU-Sanktionen gegen Menschenrechtsverbrecher_innen. Den Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe und die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter des Deutschen Instituts für Menschenrechte wollen sie besser ausstatten.

Die **CDU/CSU** will Menschenrechtsmechanismen stärken, um Menschenrechte weltweit zu schützen. Als besonders schutzbedürftig sieht die CDU/CSU Kinder, Menschen mit Behinderungen und Geflüchtete. Dem Menschenrecht auf Religionsfreiheit möchte die CDU/CSU weltweit Geltung verschaffen und die kritische Lage religiöser Minderheiten verbessern. Weiterhin wird sich die CDU/CSU beharrlich für verfolgte Christen einsetzen. Die **FDP** schreibt in ihrem Programm, dass Deutschland beim Schutz der Menschenrechte eine Vorreiterrolle einnehmen soll. Die Internetfreiheit und die digitalen Menschenrechte will die FDP zu neuen außenpolitischen Schwerpunkten machen.

DIE LINKE fordert, das Recht auf Frieden im Völkerrecht zu verankern. Die Bundesregierung soll das Zusatzprotokoll zum Internationalen Pakt über Menschenrechte unterzeichnen, damit Einzelpersonen die Möglichkeit des Beschwerdewegs bei den Vereinten Nationen haben. Sie will einen Fonds mit substantiellen Mitteln zur Förderung von zivilgesellschaftlichen Akteuren auflegen, die sich weltweit für Demokratie, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit einsetzen.

Die **SPD** will im Rahmen des Europarats die Grundwerte der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit schützen und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte stärken. Sie möchte das im EU-Rahmen unter deutscher

Ratspräsidentschaft geschaffene Menschenrechts-Sanktionsregime konsequent nutzen. Dazu gehören Einreiseverbote und das Einfrieren von Konten. Auch will die SPD die Möglichkeiten der weltweiten Strafverfolgung von Menschenrechtsverletzer_innen fördern und den Internationalen Strafgerichtshof stärken. Die mit Menschenrechten befassten Institutionen des Bundestags und der Bundesregierung will die SPD weiter ausbauen. Sie fordert eine Reform der Vereinten Nationen, um dem Auftrag der Friedenssicherung, der Förderung nachhaltiger Entwicklung und der Wahrung der Menschenrechte gerecht zu werden. Ihr Ziel ist ein ständiger europäischer Sitz und eine angemessene Repräsentanz des Globalen Südens im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Bündnis 90/Die Grünen, die FDP, DIE LINKE und SPD wollen die Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ der Vereinten Nationen umsetzen. Darüber hinaus wollen **Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und SPD** mit einem Demokratieförderungsgesetz das Engagement von Initiativen, Vereinen und Organisationen langfristig fördern.

Die **AfD** äußert sich zu diesen Aspekten nicht.

Wie soll die Zivilgesellschaft insgesamt gestärkt werden?

Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und SPD setzen sich für eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts ein.

Bündnis 90/Die Grünen wollen ein EU-weites Vereins- und Gemeinnützigkeitsrecht. Darüber hinaus wollen sie die Europäische Bürger_inneninitiative als zentrales Instrument der Teilhabe der Bürger_innen und Zivilgesellschaft stärken. So sollen Bürger_innen die Einberufung von Europäi-

schen Zukunftskonferenzen oder Bürger_innenräten fordern können, von denen auch eine Reform der Verträge angeregt werden kann. Mutige zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen und Repressionen ausgesetzt sind, wollen sie unterstützen.

DIE LINKE will eine Ausweitung der als gemeinnützig anerkannten Zwecke, zum Beispiel die Förderung der Menschen- und Grundrechte, des Friedens, des Klimaschutzes oder der sozialen Gerechtigkeit. Die Mitwirkung an der politischen Willensbildung muss ihrer Ansicht nach ausdrücklich als unschädlich für die Gemeinnützigkeit benannt werden, ob zur Verfolgung eigener Zwecke oder darüber hinaus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Dabei will sie darauf achten, dass es nicht zu einer verdeckten Parteienfinanzierung kommt und die Grenzen zur Parteienfinanzierung gewahrt sind. Auch darf die Erwähnung eines Vereins nach Meinung von **DIE LINKE** in einem Verfassungsschutzbericht des Bundes oder der Länder nicht mehr automatisch zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit führen. Die Nutzung gemeinnütziger Stiftungen zur Steuervermeidung will sie stärker einschränken.

Mit Blick auf das Gemeinnützigkeitsrecht will die **SPD** prüfen, welche weiteren gesellschaftspolitisch bedeutsamen Bereiche in den Katalog gemeinnütziger Zwecke aufgenommen werden. Sie will sicherstellen, dass steuerbegünstigte Körperschaften wie Vereine bei der Verfolgung ihrer satzungsmäßigen Zwecke auch politisch tätig sein können und z. B. der Aufruf eines Sportvereins zu einer Demonstration gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit möglich ist, ohne diese steuerliche Vergünstigung zu verlieren. Auch in der Handelspolitik möchte sie die Zivilgesellschaft besser an Verhandlungsprozessen beteiligen. Mit einem Sonderfonds für Demokratie und Rechtsstaatlich-

keit möchte die SPD die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit gezielt fördern. Sie will auch zivilgesellschaftliche Kontakte fördern, zum Beispiel durch Visaerleichterungen für den Austausch junger Menschen.

Die **FDP** will Ländern, die Grundwerte der EU missachten, keine EU-Gelder mehr zur Verfügung stellen. Zivilgesellschaftliche Organisationen wollen sie aber direkt unterstützen. Auch Visaerleichterungen will die FDP erwirken. Die **CDU/CSU** möchte insgesamt stärker mit Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten.

Wie sieht der Umgang mit Flucht und Migration aus und wie soll die Humanitäre Hilfe gestärkt werden?

Die **AfD** will die ihrer Meinung nach „überholten internationalen Regelwerke“, wie die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951, ablösen. Sie fordert, keine Migrant_innen im Rahmen einer europäischen Lösung aufzunehmen, die durch den, wie sie schreibt, „Missbrauch der Seenotrettung“ nach Europa gelangen. Sie sieht die heute praktizierte Form der Seenotrettung als „tödlich endenden Pull-Faktor“. Die humanitäre Aufnahme soll nur für vom Bundestag ausgewählte, besonders schutzbedürftige Personen erfolgen. Wichtiges Kriterium dafür ist ein „mit der deutschen Wertordnung vereinbarer kultureller und religiöser Hintergrund“. Den VN-Migrationspakt will sie aufkündigen.

Bündnis 90/Die Grünen fordern eine kontinuierliche Anpassung der Mittel für humanitäre Hilfe an die Bedarfe. Sie sollen bedarfsorientiert und verstärkt mehrjährig vergeben werden. Damit wollen sie Planbarkeit und Flexibilität für die Durchführungsorganisationen ermöglichen. Darüber hinaus setzen sie sich für eine zivile, flächendeckende, europäische, koordinierte und finanzierte

Seenotrettung ein. Deutschland soll mit den Staaten vorangehen, die Seenotrettung als völkerrechtliche Pflicht ernst nehmen. Sie unterstützen zivilgesellschaftliche Rettungsinitiativen. Bündnis 90/Die Grünen setzen auf eine europäische Grenzkontrolle, die den gemeinsamen Schutz der Menschenrechte zur Grundlage hat. Sie bekennen sich zum völker- und europarechtlich verbrieften Nichtzurückweisungsgebot. Den Ländern, die ihren Staatsbürger_innen nach einer Rückkehr effektiv Sicherheit garantieren, wollen sie im Gegenzug über Visaerleichterungen und Ausbildungspartnerschaften verlässliche Aussicht auf geordnete Migration eröffnen. Bündnis 90/Die Grünen lehnen den bestehenden Türkei-Deal ab.

Die **CDU/CSU** will die Lebensperspektiven der Menschen im südlichen Mittelmeerraum durch humanitäre Hilfe für Flüchtlinge und Programme wie die Beschäftigungsoffensive „Cash for Work“ verbessern und die Staaten der Region im Kampf gegen den Terrorismus unterstützen. Gezielte Zuwanderung sieht die CDU/CSU als Gewinn und Chance für Deutschland. Von den Partnerländern der Entwicklungszusammenarbeit erwartet sie auch eine enge Kooperation bei der Bekämpfung von Fluchtursachen und illegaler Migration, wie zum Beispiel die Rücknahme eigener Staatsangehöriger.

Die **FDP** fordert einen schnelleren Ausbau der EU-Grenzschutzagentur Frontex auf die vorgesehene Personalstärke von 10.000 Beamt_innen – begleitet von einer strukturellen Reform sowie einer Erweiterung von Kontroll- und Transparenzmechanismen. Frontex soll nach Meinung der FDP auch die Seenotrettung übernehmen. Seenotrettung ist für die FDP eine staatliche Aufgabe. Solange dies nicht gewährleistet ist, dürfen private Stellen, die diese Aufgabe übernehmen, nicht behindert werden. Das unter Beteiligung von Frontex

erfolgte illegale Zurückdrängen von Migrant_innen, soll aufgeklärt und stärkere Mechanismen zur Verhinderung sollen etabliert werden.

DIE LINKE bewertet den Migrationspakt als Instrument der Abschottung, Abschiebung und Entrechtung. DIE LINKE will Menschen retten, Fluchtwege freimachen und Fluchtursachen bekämpfen. Sie fordert die Auflösung der „EU-Abschottungsagentur Frontex“. Darüber hinaus setzt sich DIE LINKE für legale und sichere Einreisemöglichkeiten in die EU ein. Sie will den Grundsatz der Nicht-Zurückweisung an den EU-Außengrenzen und auf hoher See befolgen. Den Flüchtlings-Deal mit der Türkei will sie ebenso aufkündigen wie ähnliche Abkommen oder die Zusammenarbeit mit „Milizen und Diktatoren in Staaten wie Libyen, Ägypten, Sudan oder Marokko“.

Die **SPD** möchte das Engagement für humanitäre Hilfe weiterhin an den steigenden humanitären Bedarfen orientieren und daran arbeiten, die Basis der internationalen Geber_innen zu stärken und auszuweiten. Sie will Fluchtursachen bekämpfen, nicht Geflüchtete. Zusammen mit Partnerländern möchte sie sich dafür einsetzen, dass der Globale Pakt für Migration umfassend umgesetzt wird. Europa soll eine Vorreiterrolle bei internationaler Krisenprävention, Friedens- und Demokratieförderung sowie dem Schutz von Menschenrechten einnehmen. Europas Verantwortung in der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe will die SPD durch eine Erhöhung der EU-Mittel stärken.

Wie wollen sich die Parteien für Geschlechtergerechtigkeit und den Schutz von Kindern sowie Menschen mit Behinderungen einsetzen?

Die **CDU/CSU** fokussiert ihre Vorschläge zur Förderung von Gleichberechtigung, Chancengleichheit und den Einsatz gegen Gewalt gegen Frauen und Kinder oder das Recht auf Selbstbestimmung bei der Familienplanung auf die nationale Ebene. Die **FDP** will die Position von Frauen in der Krisen- und Konfliktprävention stärken. Sie fordert eine stärkere Anstrengung bei der Positionierung von Frauen in Schlüssel- und Führungspositionen bei den Vereinten Nationen, der EU und im Bund. Sie setzt sich darüber hinaus dafür ein, dass Gewalt gegen Kinder, ältere Menschen und Frauen als Form der Kriegsführung geächtet wird, und dass die Vertragsstaaten sowohl die VN-Frauenrechtskonvention als auch die Istanbul-Konvention zur Verhütung und zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen einhalten und umsetzen.

Auch **Bündnis 90/Die Grünen, FDP, DIE LINKE** und **SPD** bekennen sich zur Istanbul-Konvention. Die **SPD** will sich für eine EU-weite Ratifizierung der Istanbul-Konvention durch den Europarat als verbindliche Rechtsnorm gegen Gewalt an Frauen einsetzen. **DIE LINKE** will die von der Bundesregierung bei der Ratifizierung vorgenommenen Einschränkungen zurücknehmen, damit zahlreichen geflüchteten oder migrierten Frauen nicht der Zugang zu Schutz verweigert wird.

Bündnis 90/Die Grünen wollen Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe sowie reproduktive Gesundheit und das Recht auf Bildung in allen Projekten weltweit verankern. Sie fordern, starke Kinderrechte entlang der Grundprinzipien der VN-Kinderrechtskonvention im Grundgesetz zu verankern.

DIE LINKE fordert funktionierende und abschließbare sanitäre Einrichtungen, Schutzzonen sowie eine gute Gesundheits- und Lebensmittelversorgung für Frauen in Unterbringungen für Geflüchtete. Darüber hinaus macht sie sich für eine gendergerechte Klimapolitik stark. Den Internationalen Frauentag am 8. März will sie bundesweit zum Feiertag machen, um der weltweiten Kämpfe von Frauen zu gedenken. **DIE LINKE** fordert darüber hinaus, die VN-Kinderrechtskonvention einzuhalten.

Für nachhaltige Friedensprozesse ist es der **SPD** wichtig, die Belange von Frauen stärker zu berücksichtigen und sie an Aushandlungsprozessen zu beteiligen. Auch fordert sie die konsequente Umsetzung der VN-Frauenrechtskonvention. Ihr ist es wichtig, der Anti-Gender-Bewegung auf allen Ebenen entgegenzutreten. Die SPD will Kinderrechte auf Schutz, Beteiligung und Förderung und den Vorrang des Kindeswohls im Grundgesetz verankern.

Das Thema **Menschen mit Behinderungen** wird von allen Parteien als Querschnitt behandelt. Die Vorschläge beziehen sich hauptsächlich auf die

nationale Ebene. Oft erwähnt werden Chancengleichheit, Barrierefreiheit und Selbstbestimmung. **Bündnis 90/Die Grünen** und **DIE LINKE** fordern eine konsequente Umsetzung der VN-Behindertenrechtskonvention. Die Umsetzung wollen **Bündnis 90/Die Grünen** mit einer Enquete-Kommission begleiten. Die **CDU/CSU** will das Behindertengleichstellungsgesetz weiterentwickeln.

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe
deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO)
Stresemannstraße 72, 10963 Berlin
Telefon: 030/2 63 92 99-10
E-Mail: sekretariat@venro.org

Autorin

Daniela Röß

Die Stellungnahme wurde im Rahmen des VENRO-Projekts Agenda 2030 entwickelt. Dieses wird gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des BMZ.

Redaktion

Anke Kurat

Endredaktion

Julia Schulze

Berlin, August 2021

Mit Mitteln des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung